

# DIE TÜRKEI VOR EINER STRATEGISCHEN NEUORIENTIERUNG?

Die Machtkonsolidierung der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP, das angespannte Verhältnis zu den USA und die stockenden Verhandlungen mit der EU werfen die Frage nach der künftigen strategischen Ausrichtung der Türkei auf. Eine grundsätzliche Abkehr des Landes von seiner traditionellen Westorientierung ist unwahrscheinlich. Die sich abzeichnende grössere regionalpolitische Rolle Ankaras im Nahen und Mittleren Osten kann durchaus westlichen Interessen entsprechen. Voraussetzung ist jedoch, dass Europa und die USA der Türkei Perspektiven für eine nachhaltige aussen- und sicherheitspolitische Einbindung bieten.



Besucher des Mausoleums von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk, 9. September 2007 Reuters/Umit Bektas

Für die EU und die USA ist die Türkei ein wichtiger sicherheitspolitischer Partner. Geopolitisch stellt das Land für den Westen eine Brücke zum Nahen Osten, zum Kaukasus und zu Zentralasien dar. Energiepolitisch ist es ein bedeutsames Transitland für Öl und Gas. Militärisch verfügt es nach den USA über die grössten Streitkräfte in der Nato. Schliesslich repräsentiert die Türkei auch ein erfolgreiches Modell für die Verbindung von Islam und Demokratie, auf das sich die Europäer und die Amerikaner in ihren Forderungen nach politischen Reformen in anderen muslimischen Staaten häufig beziehen.

Während des Kalten Kriegs agierte die Türkei nach ihrem Beitritt zur Nato 1952 als insgesamt verlässlicher Partner des Westens. Drei Entwicklungen der vergangenen Jahre haben jedoch Fragezeichen bezüglich der künftigen strategischen Orientierung des Landes aufkommen lassen. Erstens haben fundamentale

Machtverschiebungen in der türkischen Innenpolitik stattgefunden. Während der Staat traditionell von den säkularen, dem Kemalismus von Staatsgründer Atatürk verpflichteten Eliten geführt wurde, hat seit 2002 die islamisch-konservative AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) die Regierungsverantwortung inne. Zweitens haben sich seit der Irak-Intervention die Beziehungen der Türkei zu den USA markant verschlechtert.

Drittens ist die Skepsis bezüglich einer EU-Mitgliedschaft der Türkei sowohl in der türkischen Bevölkerung als auch in Europa grösser geworden. Gemäss einer Jahresumfrage des German Marshall Fund sank die Zustimmungsrates in der Türkei zu einem EU-Beitritt zwischen 2004 und 2007 von 73 % auf 40 %. Der Durchschnittswert von 11 EU-Staaten fiel in derselben Zeitspanne von 36 % auf 22 %. Nur noch 26 % der Türken halten heute einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss mit der EU

für wahrscheinlich. Von welchem Ausmass ist der derzeit beobachtbare innen- und aussenpolitische Wandel der Türkei? Und welche Auswirkungen wird er auf die künftige globale und regionale strategische Positionierung Ankaras haben?

## Vom Kemalismus zum politischen Islam?

Innerhalb der Türkei ist die Situation zunehmend spannungsgeladen. Trotz – oder gerade wegen – Drohungen der Armee, die sich als Hüterin des Erbes Atatürks sieht, vermochte die AKP in den vergangenen Monaten ihre Machtbasis auszubauen. So hat die Partei von Premierminister Recep Tayyip Erdogan die Parlamentswahlen im Juli 2007 mit grosser Mehrheit gewonnen. Entsprechend gelang es ihr, bei der Wahl des Staatspräsidenten von Ende August 2007 ihren Kandidaten, den vormaligen Aussenminister Abdullah Gül, durchzusetzen. Damit hat die AKP heute mit Ausnahme der Armee alle zentralen Staatsämter inne.

Zwar hat sich die AKP im machtpolitischen Ringen mit den Kemalisten vorerst durchgesetzt. Die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen den traditionellen und den neuen religiösen Eliten in der Türkei ist jedoch keinesfalls entschieden. Für die Bewahrung kemalistischer Prinzipien wie der Trennung zwischen Religion und Politik und der Westorientierung der Türkei hat die Armee schon mehrfach geputscht. Im April 2007 veröffentlichte der Generalstab ein Memorandum, das vor einer Entsäkularisierung der Türkei warnte. Es folgten Massendemonstrationen von kemalistischen Gegnern der AKP wie der mit der

Armee verbundenen CHP (Republikanische Volkspartei). Angesichts der derzeitigen Popularität der AKP ist eine militärische Intervention für die Generäle diesmal zwar keine realistische Option. Netzwerke aus Sicherheitskräften und traditionellen Eliten werden jedoch mit allen Mitteln versuchen, den Einfluss der neuen religiösen Eliten zu begrenzen.

Allerdings lässt sich feststellen, dass die politische Agenda der AKP heute weit weniger dem politischen Islam verpflichtet ist, als dies die Kemalisten suggerieren. So lehnt die Partei nicht so sehr den Säkularismus als dessen kemalistische Ausprägung ab. Auch hat sie in den letzten Jahren eine liberale Wirtschaftspolitik verfolgt und eine Reihe von politischen Reformen umgesetzt, welche die Türkei zu einem EU-Beitritt befähigen sollen. Paradoxerweise erachtet die AKP die Ausrichtung der Türkei auf die EU und die Nato heute als weniger problematisch als Teile der traditionellen Eliten, deren nationalistische Reflexe in den vergangenen Jahren stärker geworden sind.

Der Aufstieg der AKP geht vor allem auf die wirtschaftlichen Erfolge der Partei zurück. Er lässt weder auf eine bevorstehende Islamisierung des türkischen Staates noch auf eine Abkehr der Türkei von ihrer Westorientierung schließen. Auch das Abrücken der Türkei von ihrer einseitigen Fixierung auf enge Sicherheitsbeziehungen mit den USA und ihr wachsender Anspruch auf eine regionale Führungsrolle lassen sich nur teilweise auf die AKP zurückführen, finden diese Entwicklungen doch in den 1990er Jahren ihren Ursprung.

### Gespannte Beziehungen zu den USA

Das Ende des Kalten Krieges erweiterte den Handlungsspielraum der Türkei beträchtlich. Dennoch setzte das Land zunächst weiterhin auf enge Beziehungen zu den USA. Daneben entwickelte es aber schrittweise eine strategische Partnerschaft mit Israel, wobei das Machtdreieck Ankara-Tel Aviv-Washington die wachsenden regionalen ordnungspolitischen Ambitionen der Türkei manifestierte. In den letzten Jahren haben sich die Beziehungen zu beiden Partnern jedoch verschlechtert. Die wachsende Distanzierung von Israel hat direkt mit der AKP zu tun, welche die Palästinenserpolitik Israels stärker kritisiert als ihre kemalistischen Vorgängerregierungen und auch Beziehungen zur Hamas unterhält. Die Neudefinition des türkisch-amerikanischen Verhältnisses hingegen ist nicht allein durch die AKP herbeigeführt wor-



den, sondern geht auf eine breite, in der türkischen Bevölkerung abgestützte Ablehnung der Irak-Politik der Regierung Bush zurück.

Die Türkei sprach sich gegen die US-Intervention im Irak aus und verweigerte dem amerikanischen Militär die Nutzung türkischen Territoriums zum Einmarsch in ihr Nachbarland. Von der südtürkischen US-Militärbasis Incirlik aus dürfen die USA auch heute noch keine Luftangriffe auf Ziele im Irak fliegen. Diese ablehnende Haltung Ankaras hängt vor allem mit der Kurdenfrage zusammen. Das Verhältnis zwischen der Türkei und Saddam Hussein war zwar gespannt gewesen, doch stand das Regime in Bagdad für einen Zentralstaat, der kurdische Autonomie verhinderte. Die Befürchtung Ankaras, eine Neuorganisation des Irak würde die Kurden im Nordirak und in den Nachbarstaaten stärken und mobilisieren, hat sich bewahrheitet.

Anschläge kurdischer Aufständischer auf türkische Sicherheitskräfte und Zivilisten haben seit der Irak-Intervention wieder zugenommen. Die kurdischen Rebellen nutzen dabei insbesondere die Kandil-Berge zwischen der Türkei und dem Irak für Angriffe, die bereits mehreren hundert Türken das Leben gekostet haben. Das türkische Militär hat an der Grenze zum Nordirak Truppen stationiert und ist in seinem Kampf gegen die Kurdische Arbeiterpartei PKK wiederholt in das Nachbarland eingedrungen. Laut Militär wird die PKK, die im Nordirak mehrere tausend Mann stark ist, durch die beiden wichtigsten kurdischen Gruppen im Irak unterstützt. Die USA unternehmen relativ wenig gegen die PKK, obwohl sie diese auf ihrer Terrorliste führen. Für Washington sind die

Kurden im Nordirak ein wichtiger Verbündeter, für Ankara ein Faktor der regionalen Destabilisierung. Die türkisch-amerikanischen Spannungen in der Irak-Politik werden weiter zunehmen, sollten die Kurden im Rahmen einer Dezentralisierung des Irak einen de facto unabhängigen Staat erhalten, möglicherweise unter Einschluss der Region um die Stadt Kirkuk mit ihren enormen Ölressourcen. Ein solches kurdisches Gebilde würde aus Sicht Ankaras die turkstämmige Bevölkerung im Nordirak gefährden und die Unabhängigkeitsbestrebungen der im Südosten der Türkei lebenden Kurden verstärken.

Die Kurdenfrage im Irak hat die Türkei näher an Syrien und Iran rücken lassen, wo ebenfalls kurdische Minderheiten leben. Generell geht die Krise der amerikanischen Ordnungsmacht im Nahen und Mittleren Osten einher mit einer aktiveren türkischen Politik in der Region. So verfolgt die Türkei heute eine eigenständige Iranpolitik, was das türkisch-amerikanische Verhältnis zusätzlich belastet. Ankara und Teheran arbeiten beispielsweise bei der Energiepolitik zusammen. Washington spricht sich gegen die energiepolitische Einbindung Irans aus, obwohl diese die Abhängigkeit des Westens von Russland reduziert. Das iranische Nuklearprogramm könnte das türkisch-iranische Tauwetter allerdings beenden. Sollte Teheran Atombomben bauen, dürfte die Türkei wieder näher an die USA und Israel rücken und ihre konventionellen Kapazitäten verstärken. Allenfalls würde Ankara auch eine eigene nukleare Bewaffnung anstreben, was zurzeit jedoch unwahrscheinlich scheint.

Insgesamt deutet vieles darauf hin, dass das angespannte Verhältnis zwischen der

Türkei und den USA und der derzeit grassierende Antiamerikanismus in der türkischen Bevölkerung mehr auf die Politik der Administration Bush als auf strukturelle Faktoren zurückgehen. Die künftige Entwicklung der bilateralen Beziehungen hängt deshalb nicht zuletzt von den US-Präsidentenwahlen 2008 ab. Grundsätzlich existiert jenseits der Kurdenfrage nach wie vor eine weitreichende strategische Interessenkonvergenz zwischen den beiden Partnern, weshalb mittelfristig eine Wiederannäherung durchaus möglich erscheint.

### Schlüsselfrage EU-Beitritt

Mehr als der innenpolitische Wandel in der Türkei und die möglicherweise eher temporäre Abkühlung der türkisch-amerikanischen Beziehungen wird die Frage einer EU-Mitgliedschaft der Türkei die künftige strategische Orientierung Ankaras beeinflussen. Die Türkei hat sich seit den 1960er Jahren um eine Annäherung an den europäischen Integrationsprozess bemüht. Mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005 ist die Schlüsselfrage, ob die Zukunft des Landes in der EU liegen kann und soll, dringlich geworden.

Auf der technischen Ebene der Dossierverhandlungen hat es bereits Fortschritte, aber auch markante Rückschläge gegeben. Im Dezember 2006 für die EU die Verhandlungen in 8 der 35 Themengebiete ein. Hauptstreitpunkt war und ist Zypern. Die Türkei will ihre Häfen nicht für Güter aus dem griechischen Teil Zyperns öffnen, weil die EU aufgrund eines Vetos der griechischen Zyprioten den türkischen Nordteil boykottiert. Ankara unterstreicht, dass die türkischen Zyprioten im Referendum von 2005 den Annan-Plan zur Einigung der Insel auch auf Empfehlung der Türkei annehmen, die griechischen Zyprioten diesen jedoch verwarfen.

Trotz solcher Probleme ist es durchaus denkbar, dass die Türkei mit einem kontinuierlichen Modernisierungskurs die politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien der EU erfüllt und die Verhandlungen auf der technischen Ebene im nächsten Jahrzehnt abgeschlossen werden könnten. Jedoch hat in den letzten Jahren die Skepsis in einigen EU-Mitgliedstaaten gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei stark zugenommen. Die Argumente der Beitrittsgegner sind vielfältig. Mit ihren über 70 Mio. Einwohnern würde die Türkei in den EU-Institutionen grossen Einfluss ausüben. Gleichzeitig ist das Land so arm und landwirtschaftlich geprägt, dass es enorme finanzielle Mittel

### Interessen und Politik der Schweiz

- Eine nachhaltige Westbindung der Türkei ist im Interesse der Schweiz.
- Das in der EU diskutierte Konzept einer «privilegierten Partnerschaft» ist primär auf Staaten an der europäischen Peripherie wie die Türkei und die Ukraine ausgerichtet. Aus der Sicht Brüssels käme es für die Schweiz kaum in Frage.
- Die bilateralen Beziehungen Schweiz-Türkei sind durch die Armenien- und Kurdenfrage belastet.
  - Die Anerkennung des Genozids an den Armeniern durch das Waadtländer Kantonsparlament 2003 sowie Strafverfahren der Schweizer Justiz gegen türkische Genozid-Leugner veranlassten Ankara zur Annullierung von geplanten Bundesratsbesuchen in der Türkei in den Jahren 2003 und 2005.
  - Der Wunsch der Türkei, die PKK mit ihren ca. 4000 Mitgliedern in der Schweiz zu verbieten, wurde 2006 vom Bundesrat abgelehnt.

der EU absorbieren würde. Dem strategischen Argument, dass eine an Iran, Irak und Syrien grenzende EU ihre Interessen in Nahost besser wahrnehmen könnte, halten die Gegner entgegen, dass die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU heute noch nicht in der Lage sei, die komplexen Konflikte in dieser Region zu bewältigen. Das am häufigsten genannte Argument gegen einen EU-Beitritt betrifft jedoch die kulturelle Differenz. Obwohl die Finalität und Identität der EU nach wie vor umstritten sind, ist in den Augen vieler Europäer klar, dass die Türkei als muslimische Nation nicht zum Club gehören soll.

Solche Argumente in der innereuropäischen Debatte haben ihre Wirkung auf die Türkei nicht verfehlt und haben massgeblich zur dramatischen Abnahme der Befürworter eines EU-Beitritts in der türkischen Bevölkerung beigetragen. Die sich heute abzeichnende Möglichkeit, dass eine türkische EU-Mitgliedschaft selbst im Falle einer attestierten Beitrittsfähigkeit am Veto einzelner Mitgliedstaaten scheitern könnte, unterminiert den Verhandlungsprozess und schwächt die Glaubwürdigkeit der EU in der Türkei. Dies wiederum droht die Reformpolitik der AKP zu verlangsamen und die türkischen Nationalisten zu stärken. Das Fehlen einer klaren EU-Perspektive hat bereits dazu beigetragen, dass die Türkei mehr und mehr auf eine eigenständige und selbstbewusste Rolle als Regionalmacht setzt.

### Eigenständige Regionalmacht mit Westorientierung

Anders als im Fall der Krise in den türkisch-amerikanischen Beziehungen sind die Schwierigkeiten in der Annäherung der Türkei an die EU primär struktureller Natur. Da ein zuverlässiges Bekenntnis aller EU-Mitgliedstaaten zu einem türkischen EU-Beitritt vorläufig unrealistisch scheint, ist mit einer längerfristigen verstärkten Orientierung der Türkei Richtung Osten und

Süden zu rechnen. Dies sollte jedoch nicht als grundsätzliche Abkehr vom Westen, sondern zunächst als Diversifizierung der türkischen Aussen- und Sicherheitspolitik interpretiert werden. Die Türkei engagiert sich heute wieder in einer Region, zu der das Osmanische Reich enge Beziehungen pflegte. Der Kemalismus mit seiner Abkehr vom Nahen Osten hat diese Beziehungen temporär gekappt.

Verstärkte türkische Akzente als Regionalmacht können durchaus im Interesse des Westens liegen – solange die Türkei im transatlantischen und europäischen Rahmen solide verankert ist. Die USA sollten deshalb die türkische Regierung wieder vermehrt in ihre Nah- und Mittelostpolitik und die Suche nach einer Lösung in der für Ankara zentralen Kurdenfrage einbeziehen. Die Europäer ihrerseits sollten bereits heute Alternativen zur vollen EU-Mitgliedschaft für die Türkei entwickeln, die Ankara auch im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen attraktive Optionen bieten. Auch wenn die Türkei zum jetzigen Zeitpunkt Konzepte wie eine privilegierte Partnerschaft ablehnt, würde beispielsweise ihre Einbindung in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowohl im Interesse Ankaras als auch der EU liegen.

Die Türkei ist heute ein verlässlicher Partner des Westens. Sie beteiligt sich etwa an Friedensoperationen in Afghanistan, im Libanon und im Kosovo. Auch bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität arbeitet Ankara eng mit westlichen Staaten zusammen. Die Herausforderung der künftigen Türkeipolitik der Europäer und der USA wird sein, diesen Zustand auch dann zu konsolidieren, wenn die EU-Beitrittsoption an Zugkraft verliert.

- Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli  
analysen@sipo.gess.ethz.ch
- Bezug und Mailingliste:  
www.ssn.ethz.ch